

Schriftlicher Bericht

Bund-Länder Zielvereinbarung zum Moorbodenschutz

Im Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 des Bundes wurde festgelegt, dass eine Bund-Länder-Zielvereinbarung zum Moorbodenschutz auf Grundlage des Positionspapiers der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA) „Potenziale und Ziele zum Moor- und Klimaschutz“ vom November 2012 (LLUR, 2012) beschlossen werden soll.

Im Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung wird eine entsprechende Zielvereinbarung als Maßnahme zum Schutz von Moorböden benannt. Zur Umsetzung dieser Zielvereinbarung sind Maßnahmen sowohl des Bundes als auch der Länder erforderlich. Die Zielvereinbarung soll Grundsätze und Ziele, sowie gemeinsame Leitlinien für die Gestaltung von Maßnahmen von Bund und Ländern zum Moorbodenschutz festlegen. Einigkeit besteht darin, dass die Bund-Länder-Zielvereinbarung auf Maßnahmen zielt, die auf Freiwilligkeit und einem kooperativen Ansatz beruhen.

Im Nachgang zu Bund-Länder Besprechungen im Juni und November 2018 wird ein gemeinsamer Entwurf für eine Vereinbarung von BMU und BMEL erarbeitet. Grundlage des Entwurfs sind Vorarbeiten einer Redaktionsgruppe aus Vertretern von BMU, BMEL, Bundesamt für Naturschutz, Umweltbundesamt und Thünen-Institut, sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen. Eine weitere Bund-Länder-Besprechung auf Fachebene ist für Juni 2019 geplant. Nach Einigung auf einen konsolidierten Entwurf wird eine Anhörung von land- und forstwirtschaftlichen Verbänden, Umwelt- und Naturschutzverbänden eingeleitet. Eine Beteiligung der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaften LABO, LAWA, LANA und KLINA wird ebenfalls sichergestellt.